



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Projekt zmian w projekcie noweli dra Lichta, opracowany przez "Towarzystwo Wzajemnych Ubezpieczeń Urzędników Państwowych we Lwowie"

Liczba stron oryginału

7

Liczba plików skanów

8

Liczba plików publikacji

8

Sygnatura/numer zespołu

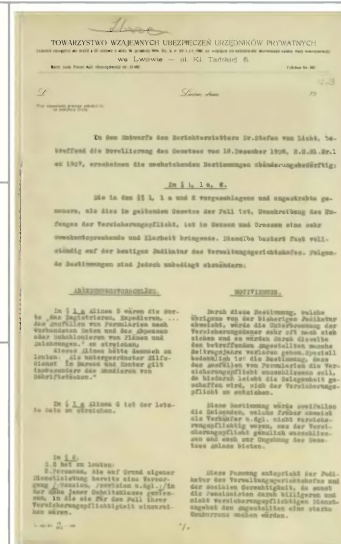
TR 072.028

Data wydania oryginału

1913[?]

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Handwritten signature

TOWARZYSTWO WZAJEMNYCH UBEZPIECZEŃ URZĘDNIKÓW PRYWATNYCH

(Zakład zastępczy po myśli § 65 ustawy z dnia 16. grudnia 1906, Dz. u. p. Nr. 1 z r. 1907, ze względu na działalność pierwszego działu Kasy emerytalnej)

we Lwowie — ul. Kl. Tańskiej 3.

Rach. czek. Poczt. Kas Oszczędności Nr. 51.097.

Telefon Nr. 807.

72,28

L.

Lwów, dnia 19.....

Przy odpowiedzi prosimy powołać się
na powyższą liczbę.

In dem Entwurfe des Berichterstatters Dr. Stefan von Licht, betreffend die Novellierung des Gesetzes vom 16. Dezember 1906, R.G.Bl.Nr. 1 ex 1907, erscheinen die nachstehenden Bestimmungen abänderungsbedürftig:

Im § 1, 1 a, 2.

Die in den §§ 1, 1 a und 2 vorgeschlagene und angestrebte genauere, als dies im geltenden Gesetze der Fall ist, Umschreibung des Umfanges der Versicherungspflicht, ist im Ganzen und Grossen eine sehr zweckentsprechende und Klarheit bringende. Dieselbe basiert fast vollständig auf der heutigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes. Folgende Bestimmungen sind jedoch unbedingt abzuändern:

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE.

Im § 1 a Alinea 5 wären die Worte "das Registrieren, Expedieren, ... das Ausfüllen von Formularen nach vorhandenen Daten und das Abpausen oder Schablonieren von Plänen und Zeichnungen." zu streichen;

dieses Alinea hätte demnach zu lauten: Als untergeordneter Hilfsdienst im Bureau und Kontor gilt insbesondere das Mundieren von Schriftstücken."

Im § 1 a Alinea 6 ist der letzte Satz zu streichen.

Im § 2:

Z. 2 hat zu lauten:

2. Personen, die auf Grund eigener Dienstleistung bereits eine Versorgung /: Pension, Provision u.dgl.:/ in der Höhe jener Gehaltsklasse genießen, in die sie für den Fall ihrer Versicherungspflichtigkeit einzureihen wären.

MOTIVIERUNG.

Durch diese Bestimmung, welche übrigens von der bisherigen Judikatur abweicht, würde die Unterbrechung der Versicherungsdauer sehr oft nach sich ziehen und es würden durch dieselben betreffenden Angestellten manche Beitragsjahre verloren gehen. Speziell bedenklich ist die Bestimmung, dass das Ausfüllen von Formularen die Versicherungspflicht ausschliessen soll, da hiedurch leicht die Gelegenheit geschaffen wird, sich der Versicherungspflicht zu entziehen.

Diese Bestimmung würde zweifellos die Reisenden, welche früher zumeist als Verkäufer u.dgl. nicht versicherungspflichtig waren, aus der Versicherungspflicht gänzlich ausschliessen und auch zur Umgehung des Gesetzes Anlass bieten.

Diese Fassung entspricht der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes und der sozialen Gerechtigkeit, da sonst die Pensionisten durch billigeren und nicht versicherungspflichtigen Dienstangebot den Angestellten eine starke Konkurrenz machen würden.

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE.

Z.5 ist dahin abzuändern, dass ein Zusatz hinzukommt: „sofern sie keine normalmässigen, das heisst mit den von ihnen versehenen Posten verbundenen, Pensionsansprüche haben.“

Z.6. Die Worte „mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteter Lehranstalten... und jener Korporationen, die durch gesetzliche Vorschrift zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bestimmt sind“; sind weiter unten nach den Worten „unter der gleichen Voraussetzung auch die Angestellten...“ zu setzen d. heisst, diese mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehranstalten und gesetzlichen Zwangsorganisationen sollen auch für den Fall des Übertrittes ihres Angestellten in eine versicherungspflichtige Anstellung zur Überweisung der Prämienreserve verpflichtet sein.

In Z.7 nach den Worten „die Advokatur- und Notariatskandidaten“ sind die Worte einzuschalten „für die Zeit der gesetzlich vorgeschriebenen Berufspraxis...“

In Z.11 nach dem Worte „Angestellten“ ist einzuschalten: „mit österreichischer Staatsangehörigkeits.“

Im § 3

Alinea I ist dahin abzuändern, dass an Stelle der Klasseneinteilung die Bestimmung tritt, dass v o l l e Jahresbezüge bis zum Betrage von 7200 Kr zu versichern sind.

In Alinea 3 dieses § ist nach den Worten „...mit 33 1/3 Prozent des baren Gehaltes“ einzuschalten: „ ,im letzten Falle jedoch mindestens im Betrage von 400 Kr jährlich,“

Im § 7 a.

Im Punkte a/ ist anstatt der Zahl 600 die Zahl 1200 zu setzen.

MOTIVIERUNG.

Es ist nicht gerecht, die nicht pensionsanspruchsberechtigten Angestellten des Hohes und des Staates sowie ihrer Anstalten und Unternehmungen der Wohltat dieses Gesetzes zu entziehen.

Es geht nicht an, dass in ziemlich zahlreichen Fällen der Übertritte aus derartigen Diensten in einen versicherungspflichtigen Dienst die betreffenden Angestellten den Verlust der Pensionsberechtigung für die verflossene Dienstzeit erleiden und dass die betreffenden Dienstgeber dadurch ein Geschäft machen, dass sie nicht verpflichtet sind, die Prämienreserve zu überweisen.

Es kommt bei Advokatur- und besonders bei Notariatskandidaten nicht selten vor, dass sie vor Erlangung der Selbständigkeit als Advokaten oder Notare invalid werden, oder sterben und ihre Familie ohne Versorgung hinterlassen.

Die Bestimmung, dass volle Dienstbezüge - analog dem Pensionsnormale der Staatsbeamten, der Länder und der meisten bestehenden Pensionsfonds - in die Versicherung einbezogen werden, entspricht der sozialen Gerechtigkeit und dem allgemeinen Wunsche der Privatbeamten, welche es schwer empfinden, dass die Beträge zwischen einzelnen Gehaltsklassen nach bestehendem Gesetze bei der Versicherung ausseracht gelassen werden. Auch ist das Maximum 3000 Kr des versicherten Jahresgehaltes zu gering genommen und gerechterweise auf 7200 Kr hinaufzusetzen.

Die Privatbeamten Galiziens, insbesondere ⁱⁿ land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, empfinden es in sehr vielen Fällen ausserordentlich schwer, dass infolge der Schätzung der Naturalwohnung einschliesslich der freien Beheizung, Beleuchtung und V e r k ö s t i g u n g /:z.B. beim - sehr oft bei Ökonomen, Forstadjunkten etc. vorkommenden - baren Gehalte von nur 400 Kr jährlich/ auf nur 33 1/3 Prozent des baren Gehaltes sie der Wohltat der gesetzlichen Versicherung entzogen werden!

Durch diese Änderung wird die Möglichkeit des Verdienstes im Nebener-

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE.

Im § 8.

Absatz 2 hat zu lauten: „Die Höhe des Grundbetrages ist mit 30% des versicherten Gehaltsbetrages zu bemessen. Die Steigerung beträgt jährlich anderthalb Prozent des versicherten Gehaltsbetrages“. Weitere Bestimmungen dieses § sind sinngemäss zu ändern.

Zum Absatz 1 kommt folgender Zusatz: „Die im aktiven Militärdienste zugebrachte Zeit ist als Beitragszeit einzurechnen und hat der Staat für die entsprechende Prämie aufzukommen.“

Im § 9.

Der Absatz 2 ist zu streichen.

Im § 10

ist statt der Zahl 600 die Zahl 1200 zu setzen.

Im § 13.

Z.1 ist entweder gänzlich zu streichen, oder dieselbe hätte zu lauten:

„1. wenn seit dem Tage der Eheschliessung des Versicherten noch kein voller Monat verflossen ist, es sei dann, dass aus der Eheschliessung ein Nachkomme hinterblieben ist.“

Z.2 die Zahl 50. ist in 55. abzuändern.

Im § 15

kommt an Stelle des zweiten Satzes folgender Satz: „Uneheliche Kinder eines versicherten Vaters haben Anspruch auf Erziehungsbeiträge, wenn der Vater bei Lebzeiten diesen Anspruch anmeldet, oder wenn nachgewiesen wird, dass er bei Lebzeiten für ihren Unterhalt gesorgt hat.“

Im § 18

kommt der Zusatz: „Desgleichen haben Anspruch auf eine einmalige Abfertigung a/die hinterbliebenen Eltern, Geschwister u.dgl. nach einem ledigen Versicherten ohne Unterschied des Ge-

MOTIVIERUNG.

werb des wirtschaftlich ohnehin sehr schwachen Privatangestellten billigerweise ein wenig gehoben.

Diese Änderung entspricht der Änderung des § 3 durch welche die Gehaltsklasseneinteilung aufgehoben erscheint.

Ein alter und gerechter Wunsch der Angestellten, welche durch Militärdienst eine oft langdauernde Unterbrechung ihrer Versicherungsdauer erleiden und diesbezüglich den Staatsbeamten gleichzustellen wären.

Wenn der Privatangestellte für die Versicherung auf Krankengeld in der Krankenkasse, oder registrierten Hilfskasse, oder bei einer Bruderlade eine besondere Prämie und für die Pensionsversicherung wieder eine besondere Prämie zahlt, so ist es recht und billig, dass er von jeder dieser Versicherungen auch eine besondere wenn auch gleichzeitige Leistung bezieht. In privaten Versicherungen ist dies immer und ausnahmslos der Fall.

Die Begründung aus dem § 7 a trifft auch hier zu.

Die Zahl der s.g. Traungen am Sterbebette, welche jetzt sehr gering ist, wird durch diese Änderung gewiss nicht so ansteigen, dass sie den Versicherungsträger schädigen würde; andererseits erblicken die Angestellten in der Beschränkung durch Z.1 des geltenden Gesetzes eine grosse Unbilligkeit und verlangen allgemein deren Beseitigung.

Aus obigen Gründen ist auch diese Beschränkung zu mildern.

Diese, der sozialen Gerechtigkeit entsprechende Änderung, bedarf keiner näheren Begründung.

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE.

schlechtes, welcher erwiesenermassen diese Familienmitglieder erhalten musste, und b/ die Witwe nach einem Versicherten, der vor Ablauf eines Monats nach der Eheschliessung gestorben ist, oder die Ehe nach Vollendung des 55. Lebensjahres oder als Invaliditätsrentner geschlossen hat."

Nach § 19 ist folgender neue

§ 19 a

zu setzen: "Der Staat hat zu jeder Alters- und Invaliditätsrente, welche für nach diesem Gesetze Versicherte flüssig wird, sofern die zur Versicherung anrechenbaren Jahresbezüge 4000 Kr nicht übersteigen, einen Zuschuss in der Höhe von 180 K jährlich zu leisten, und zwar vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes betreffend die Sozialversicherung.

Diesen Zuschuss hat der Staat auch jenen Personen zu leisten, welche auf Grund der obligatorischen Versicherung /:§ 1:/ in Ersatzinstituten eine Invaliditäts- oder Altersrente beziehen, insofern die Statuten dieser Institute bezüglich der Invaliditätserklärung die Bestimmungen der §§ 8 und 10 dieses Gesetzes enthalten. Personen, welche auf Grund der obligatorischen Versicherung /:§ 1:/ durch Ersatzverträge eine Invaliditäts- oder Altersrente beziehen, haben keinen Anspruch auf den Staatszuschuss."

Im § 20

ist der Absatz 2 zu streichen.

§ 21.

Der Absatz 1 ist zu streichen.

2.2 ist zu streichen.

MOTIVIERUNG.

Diese Änderung spricht - wie in § 15 - selbst für sich.

Eine ähnliche Bestimmung ist einmal bereits vorgeschlagen gewesen, und entspricht die Begrenzung mit Versicherten 4000 Kr Jahresbezügen und die Feststellung des Staatsschusses mit 180 Kr jährlich der sozial höheren Stellung der Privatbeamten als die der Arbeiter.

Bei gegenwärtig allgemein in Verwendung stehender Art der Auszahlungen mittelst der Postsparkassenschecks ist diese Bestimmung wohl entbehrlich.

Die Begründung zur Änderung des § 9 ist auch hier zutreffend.

Es kommt sehr oft vor, dass die Invaliditätsrentner und besonders die Witwen und Kinder bei ihren Verwandten über der Grenze, wo sie leichteren Unterhalt finden, einen länger dauernden Aufenthalt nehmen, wofür ihnen doch nicht der Rentenbezug entzogen und auch nicht blos eine minderwertige Abfertigung zugesprochen werden darf.

Wodurch dźugoletniego doświadczenia naszego Towarzystwa dość liczne są wypadki, że wdowa z dziećmi po urzędniku prywatnym, lub nawet sam urzędnik prywatny emeryt przenosi się z Galicyi na dźasszy lub staży pobyt do swej rodziny pod zaborem rosyjskim lub pruskim, gďaie ze swą niską rentą kćtwiej moze wyżyć.

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE.

Im § 25
sind im Absatze 1 statt der Worte „drei Monate“ die Worte „ein Jahr“ zu setzen.

Nach § 27 a
ist folgender neue § 27 b zu setzen:
„Sämtliche nach diesem Gesetze zu gewährenden Leistungen und Rückerstattungen sind exekutionsfrei.“

Im § 28
sind die Worte „oder welche wegen Nichtbestandes der Versicherungspflicht nachträglich von Amts wegen aus der Versicherung ausgeschlossen wurden,“ zu streichen.

Im § 33.
Der Absatz 1 hat zu lauten: „An festen Prämien sind 12 Prozent des versicherten Gehaltsbetrages in monatlichen Vorausraten zu entrichten.“

Im § 64.
Zum Absatz 4 kommt folgender Zusatz: „In Fällen der Änderung des Rechts- oder Eigentumstitel beim Dienstgeber /:teilweise oder gänzliche Änderung des Firmatitels, Umbildung bei juristischen Personen, Verkauf, Tod, Schenkung u.dgl.:/ verbleibt der neue Dienstgeber Mitglied des bisherigen Versicherungsträgers, solange er nicht ausdrücklich anders verfügt.“

In § 66a. Ausdrucks der Worte „binnen Jahresfrist“ die Worte „binnen 2 Jahren“ zu setzen.
Im § 73
ist Absatz 7 zu streichen.

Im Artikel II
sind im Absatz 1 die Worte „im letzten Falle vorbehaltlich des Rechtes der Versicherten auf freiwillige Fortsetzung der Versicherung /:§ 28:/“

Artikel IV
ist zu streichen.

MOTIVIERUNG.

Die Änderung bezweckt die notwendige Hintanhaltung der erfahrungsgemäss ausserordentlich zahlreichen leichtfertigen Zurückziehung durch stellenlose Angestellte der von ihnen selbst geleisteten Prämien und Kürzung der gesetzlichen Anwartschaften. Der Zeitraum eines Jahres, nach Ablauf dessen erst die Prämienrückerstattung gewährt werden soll, bietet mehr Gewähr hierfür, dass meistens nur in Fällen dauernder Stellenlosigkeit - was demnach durch das Gesetz bezweckt war - diese Leistung in Anspruch genommen werden wird.

Diese Änderung entspricht der Bestrebung des Gesetzes, der wirtschaftlich schwachen Schichte der Privatangestellten in allen Lebenslagen ein Existenzminimum zu bieten.

Es sollte nicht statthaft sein, dass die allgemeine /:staatliche:/ Pensionsanstalt für Angestellte freiwillig Personen versichert, die nach dem Gesetze nicht versicherungspflichtig sind.

In Anpassung an die Änderungen in den §§ 3 und 8.

Diese Änderung empfiehlt sich nach bisheriger Erfahrung notwendig bei Ersatzinstituten, um sie vor kurzfristigen grundlosen Verlusten an Versicherungszeiten und Prämienteilen in Fällen zu schützen, in welchen die Dienstgeber im guten Glauben die Änderung des Rechtstitels nicht sofort anmelden, da sie nicht die Absicht haben, den Versicherungsträger zu ändern.

Durch diesen Absatz wird ^{der} Grundsatz der ipso jure-Versicherung alteriert.

Aus den zu § 28 angegebenen Gründen.

Durch die Bestimmung dieses Artikels würde der unerhörte Fall eintreten, dass eine gesetzliche staatliche

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE.

MOTIVIERUNG.

Anstalt das Recht hätte, in einer besonderen freiwilligen Versicherungsabteilung, so wie dies bis nunzu das unbestritten ausschliessliche Privileg der privaten Versicherungsanstalten war, ihre Mitglieder freiwillig auf aussergesetzliche Leistungen zu versichern und dadurch den privaten Anstalten als Ersatzinstituten eine folgenschwere Konkurrenz zu machen, durch welche deren Wirksamkeit erschwert und gehemmt würde, ja in manchen Fällen auch ihre Existenz hangesetzt wäre..-

